

Mathias Lotz  
Kerstin Pohl  
(Hg.)

# Gesellschaft im Wandel

**Neue Aufgaben für die politische  
Bildung und ihre Didaktik**

SCHRIFTENREIHE DER **GPJE**



**WOCHE  
SCHAU  
WISSENSCHAFT**

Schriftenreihe der Gesellschaft für Politikdidaktik  
und politische Jugend- und Erwachsenenbildung



Mathias Lotz, Kerstin Pohl (Hg.)

# Gesellschaft im Wandel

Neue Aufgaben für die politische  
Bildung und ihre Didaktik



**WOCHE  
SCHAU  
WISSENSCHAFT**

Bibliografische Information Der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet unter <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© WOCHENSCHAU Verlag  
Dr. Kurt Debus GmbH  
Frankfurt/M. 2019

[www.wochenschau-verlag.de](http://www.wochenschau-verlag.de)

Alle Rechte vorbehalten. Kein Teil dieses Buches darf in irgendeiner Form (Druck, Fotokopie oder einem anderen Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung des Verlages reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet werden.

Umschlagentwurf: Ohl Design  
Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier  
Gesamtherstellung: Wochenschau Verlag  
ISBN 978-3-7344-0827-4 (Buch)  
E-Book ISBN: 978-3-7344-0828-1 (PDF)

## INHALT

### MATHIAS LOTZ/KERSTIN POHL

Gesellschaft im Wandel. Neue Aufgaben für die politische Bildung und ihre Didaktik – Eine Einleitung. ....	7
--	---

### Gesellschaftstheorie und ihre Bedeutung für die politische Bildung

#### KLAUS DÖRRE

Kapitalistische Landnahme. Globaler Expansionismus oder Demokratie. ....	21
--	----

#### CHRISTIAN FISCHER

Hans-Joachim Maaz' Diagnose der „normopathischen Gesellschaft“....	37
--	----

#### ELIA SCARAMUZZA

Die Vermitteltheit von Gesellschafts- und Bildungstheorie oder: Zur Dialektik Politischer Bildung.....	45
---	----

#### ANDERS STIG CHRISTENSEN

Rationality and Emotionality in Social Science Education – a Challenge for a Democratic Education .....	53
--	----

#### MICHAEL GÖRTLER

Politik, Bildung, Beschleunigung? Überlegungen zur Bedeutung einer Zeit-Diagnose für die politische Bildung und ihre Didaktik .....	61
--	----

#### LUISA GIRNUS/JULIA NEUHOF

Der Wandel von Staatlichkeit als Ziel- und Ausgangspunkt politischen Lernens in der Praxis.....	69
--	----

#### LUISA GIRNUS

Anforderungen an politische Legitimation im gesellschaftlichen Wandel und dessen Verhältnis zum politischen Lernen .....	77
---	----

#### STEFAN MÜLLER

Mündigkeit. Zwei Argumente für eine reflexive, nicht-dichotome Perspektive .....	86
---	----

#### SOPHIE SCHMITT

Zur Reflexion des Selbstverständlichen anstreben – Potenzial soziologischer Perspektiven für die politische Bildung .....	94
--	----

## Fächerintegration im sozial- und gesellschaftswissenschaftlichen Aufgabenfeld

### REINHOLD HEDTKE

- Das Konkordanzprinzip als domänendidaktische Leitidee der gesellschaftlichen Bildung ..... 105

### THOMAS GOLL

- „Darf's noch etwas mehr sein?“ – Anspruch und Wirklichkeit von Interdisziplinarität im Fach Sozialwissenschaften ..... 113

### MARCEL GRIEGER

- Fachdidaktische Selbstwirksamkeitserwartungen und subjektives Fachwissen von (angehenden) Lehrkräften in Gesellschaftslehre – von der Pilotierung zur Messinvarianz ..... 123

### MATTHIAS BUSCH/LEIF MÖNTER

- Integrationsfach „Gesellschaftslehre“ – Zwischen transdisziplinärer Welterschließung und Deprofessionalisierung ..... 133

### ALEXANDRA BUDKE/MIRIAM KUCKUCK

- Meinungsbildung im Geographieunterricht – Perspektiven von Geographielehrkräften auf die Politische Bildung ..... 141

### EVA ANSLINGER/ANDREAS KLEE

- „Arbeitsorientierte politische Bildung“: Ein Reformkonzept für die Lehrkräfteausbildung im Bereich Politik-Arbeit-Wirtschaft an der Universität Bremen ..... 149

## Aktuelle politikdidaktische Forschungsprojekte

### DOROTHEE GRONOSTAY

- „Dafür argumentieren, obwohl ich selbst dagegen bin?“ – Effekte zugewiesener Diskussionspositionen auf die Beteiligung und die persönliche Position der Schüler/innen ..... 159

### KATRIN HAHN-LAUDENBERG

- Bedeutung länder- und gruppenspezifischer Unterschiede bei der Wahrnehmung des offenen Unterrichtsklimas ..... 169

### MONIKA OBERLE/NICO WENZEL

- Politisches Vertrauen und Effektivitätsgefühl von Schüler/innen – Einflussfaktoren und Relevanz für politische Partizipation ..... 178

<b>GEORG WEISSENO</b>	
Guter Politikunterricht – eine Zusammenschau empirischer Ergebnisse .	187
<b>SÖREN TORRAU</b>	
Präsentieren und Wissen autorisieren. Zum Wandel der Unterrichtskultur in individualisierten Lernarrangements . . . . .	196
<b>ALEXANDER MACK/ALEXANDER WOHNIG</b>	
„Und es hat alles geklappt auf einmal irgendwie“: Politische Partizipation mit bildungsbenachteiligten Jugendlichen . . . . .	205
<b>ANNEMARIE JORDAN/SABINE ACHOUR</b>	
Professionelle Wahrnehmung angehender Politiklehrer*innen – Entwicklung einer videofallbasierten Lehr-Lerngelegenheit zum Formulieren politischer Urteile . . . . .	214

### **Posterpräsentationen zu aktuellen Forschungsprojekten**

#### *Politikdidaktische Theoriebildung*

<b>KERSTIN VENNEMEYER</b>	
Inklusion – Politische Bildung – Intersektionalität . . . . .	225
<b>ELIA SCARAMUZZA</b>	
Erziehung zur (Un-)Mündigkeit? Zur Dialektik politischer Bildung . . . . .	226
<b>ANNA STEPHANIE KREKELER</b>	
Nachhaltigkeit in den Konzeptionen politischer Bildung für nachhaltige Entwicklung . . . . .	227
<b>HEIKE FLINDT</b>	
Martha Nussbaums Argument für eine lebendige Demokratie . . . . .	228
<b>KEVIN BRANDT/KATARINA MAREJ/GERRIT TIEFENTHAL</b>	
ZUNAMI: Zusammenhaltsnarrative miteinander erarbeiten für eine anschlussfähige politische Bildung in der Dortmunder Stadtgesellschaft	229

#### *Forschung zur Schule als Institution*

<b>ASTRID HOFFMANN</b>	
Wie kann man den Demokratiegehalt von Schulen erfassen? – Ein Vorschlag . . . . .	230

*Forschung zu den Adressaten politischer Bildung***ANJA BONFIG**

- Vorstellungen von Schüler\*innen zu Phänomenen aus dem Feld sozio-ökonomischer finanzieller Bildung . . . . . 231

**DAVID JUGEL/TINA HÖLZEL**

- „Da kannst du Freunde verlieren“ –  
Paradoxien inklusiver politischer Bildung . . . . . 232

*Interventionsstudien politische Bildung***ANNEGRET JANSEN**

- Urteilsbildung von Jugendlichen zu komplexen Problemstellungen  
nachhaltiger Entwicklung . . . . . 233

**IWELINA FRÖHLICH**

- Kompetenzorientierung? Ist das in der Fachdidaktik nicht schon  
durchdiskutiert? – Ja! . . . . . 234

**MAY JEHLE/NADINE HEIDUK/MARIA THERESA MESSNER**

- Praktiken der Reflexivität im Lehramtsstudium „Politik und Wirtschaft“:  
Potenziale videobasierter Lehr-Lernplattformen . . . . . 235

**KATHARINA PROPST**

- Didaktische Vorstellungen zwischen Fachdidaktik und Fachwissenschaft 236

**HELLE BECKER/FARINA NAGEL/SABINE WEGE**

- Landkarte der Forschung politischer Bildung – Fachstelle politische  
Bildung / Transfer für Bildung e.V. . . . . 237

- Autorinnen und Autoren . . . . . 239

## **Gesellschaft im Wandel. Neue Aufgaben für die politische Bildung und ihre Didaktik – Eine Einleitung**

Gesellschaften befinden sich in einem stetigen Wandel. Die Geschwindigkeit dieses Wandels variiert und es hat in der Geschichte immer wieder Epochen größerer gesellschaftlicher Umbrüche wie auch langanhaltende Phasen mit relativ wenigen Veränderungen gegeben. In den letzten Jahren scheint die Geschwindigkeit gesellschaftlichen Wandels durch Prozesse der Globalisierung, Digitalisierung und Individualisierung stetig zuzunehmen.

Bereits die GPJE-Jahrestagungen 2015 und 2017 hatten die politische Bildung „in der Migrationsgesellschaft“ bzw. „in Zeiten des Populismus“ zum Thema und haben damit die Konsequenzen zentraler gesellschaftlicher Veränderungen für die politische Bildung in den Blick genommen. Darauf aufbauend wurden auf der 19. Jahrestagung der Gesellschaft für Politikdidaktik und politische Jugend- und Erwachsenenbildung, die vom 14.-16. Juni 2018 an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz stattfand, die Vielfalt und Komplexität der gegenwärtigen gesellschaftlichen Wandlungsprozesse thematisiert.

Diese Wandlungsprozesse setzen Gesellschaften und Individuen in mehrfacher Hinsicht unter Druck: Sie können zur Steigerung individueller Autonomie, aber auch zu Exklusionsprozessen und Abstiegsängsten führen. Auch die Bedingungen für gesellschaftliche und politische Partizipation verändern sich. Für die politische Bildung und ihre Didaktik ergeben sich daraus substanzelle Fragen, deren Beantwortung nicht zuletzt davon abhängt, wie diese Wandlungsprozesse genau beschrieben und bewertet werden.

Zahlreiche Gesellschaftsdiagnosen haben versucht, dafür prägnante Schlagworte zu finden: Wissensgesellschaft, Informationsgesellschaft, Risikogesellschaft, Erlebnisgesellschaft, Postmoderne, Postdemokratie, Abstiegsgesellschaft, Multioptionsgesellschaft, ökonomisierte Gesellschaft, Mündigkeitsgesellschaft oder Burn-Out-Gesellschaft sind nur einige dieser Schlagworte, mit denen vor allem Soziologinnen und Soziologen solche Wandlungsprozesse mit ihren Konsequenzen für die Menschen, die Gesellschaft sowie für nationale und globale Government- und Governance-Strukturen auf den Begriff bringen möchten.

In den Beiträgen im ersten Teil dieses Bandes wird thematisiert, wie diese mannigfaltigen aktuellen Gesellschaftsdiagnosen und Gesellschaftstheorien für die politische Bildung fruchtbar gemacht werden können. Dabei geraten Aspekte der Veränderung von Lernvoraussetzungen, Vorstellungen und Interessen der Lernenden ebenso in den Blick wie die Frage, wie gesellschaftliche Veränderungsprozesse inhaltlich zum Thema politischer Bildungsprozesse gemacht werden können. Auch zur Legitimation von Zielen und Inhalten politischer Bildung werden Gesellschaftsdiagnosen und Gesellschaftstheorien herangezogen. Neben theoretischen Reflexionen werden in den hier publizierten Tagungsbeiträgen vielfach auch Ergebnisse empirischer Studien zu gesellschaftlichen Vorstellungen von Schülerinnen und Schülern präsentiert. Der erste Schwerpunkt wird eröffnet mit den Ausführungen Klaus Dörres, in deren Zentrum eine Kritik des Finanzmarktkapitalismus auf Grundlage seiner Theorie kapitalistischer Landnahmen steht. Die folgenden zwei Texte greifen auf die Gesellschaftstheoretiker Hans-Joachim Maaz (Fischer) und Theodor W. Adorno (Scaramuzza) zurück, um deren Überlegungen für die politische Bildung und ihre Didaktik fruchtbar zu machen. Eine weitere Gruppe von Autorinnen und Autoren fokussiert bestimmte Aspekte des gesellschaftlichen Wandels und deren Folgen für die politische Bildung und ihre Didaktik, beispielsweise die Bedeutung von Emotionen (Christensen), die Rolle der Zeit (Görtler), den Wandel von Staatlichkeit (Girnus/Neuhof) oder die Veränderung von politischer Legitimation (Girnus). Schließlich legen zwei Beiträge ein besonderes Augenmerk auf die Folgen, die diese Wandlungsprozesse für die Schülerinnen und Schüler als gesellschaftliche Subjekte haben (Müller und Schmitt).

Den zweiten Schwerpunkt dieses Bandes bilden Beiträge zu der Frage, ob wir angesichts der neuen gesellschaftlichen Herausforderungen und der zunehmenden Verflechtungen von Gesellschaft, Politik und Wirtschaft einen anderen *Fächerzuschnitt* im gesellschaftswissenschaftlichen Aufgabenfeld benötigen und ob über die Integration politischer, gesellschaftlicher, wirtschaftlicher und rechtlicher, aber auch historischer und geographischer Perspektiven neu nachgedacht werden muss. Dabei werden Herausforderungen, Chancen und Risiken von Integrationsfächern im sozial- oder gesellschaftswissenschaftlichen Aufgabenfeld diskutiert. Wie im ersten Teil dieses Bandes werden in den Aufsätzen des zweiten Teils ebenfalls neben theoretischen Überlegungen vielfach Ergebnisse empirischer Untersuchungen einbezogen. Im Einzelnen werden Ideen für eine konzeptionelle Begründung einer integrativen gesellschaftlichen Bildung präsentiert (Hedtke) aber auch deren institutionelle Grenzen diskutiert (Goll). Die Chancen und Probleme integrativer Fächer sind auch Thema zweier For-

schungsprojekte zu fachdidaktischen Selbstwirksamkeitserwartungen von angehenden Lehrkräften für Gesellschaftslehre (Grieger) und zur bisherigen Umsetzung integrativer Ansätze in Lehrplänen für die Politische Bildung (Busch/Mönter). Weitere Beiträge thematisieren die Sicht von Geographielehrkräften auf die Bedeutung politischer Bildung im Geographieunterricht (Budke/Kuckuck) und die Lehrerausbildung im neu konzipierten Studiengang „Politik-Arbeit-Wirtschaft“ in Bremen (Anslinger/Klee).

Auch auf der 19. Jahrestagung der GPJE wurden jenseits des Tagungsthemas wieder zahlreiche Ergebnisse aktueller Forschungsprojekte der politischen Bildung zu unterschiedlichen Themen vorgestellt, die im dritten Teil dieses Sammelbandes präsentiert werden. Zwei dieser Beiträge untersuchen Lernprozesse von Schülerinnen und Schülern, zum einen Effekte von Diskussionspositionen in handlungsorientierten Makromethoden auf die persönlichen Positionen der Schülerinnen und Schüler (Gronostay), zum anderen die Schülerwahrnehmungen von offenem Unterrichtsklima und dessen Effekte (Hahn-Laudenberg). Im dritten Beitrag dieses Teils steht der Zusammenhang von politischem Vertrauen und Effektivitätsgefühl im Zentrum (Oberle/Wenzel). Ein Überblick über die Ergebnisse einschlägiger quantitativer Studien zur Frage, ob der Politikunterricht seine Ziele erreicht (Weißeno), rundet die Reihe der Studien mit quantitativen Forschungsdesigns ab. Mithilfe qualitativer Methoden werden Schülerpräsentationen im Politikunterricht erforscht (Torrau) bzw. die Möglichkeiten von Schülerinnen und Schülern, in außerschulischen Bildungseinrichtungen politische Aktionen zu planen (Mack/Wohnig). Das letzte hier dargestellte Forschungsprojekt widmet sich dem Einsatz von Videovignetten zur Entwicklung einer professionellen Wahrnehmungskompetenz bei angehenden Lehrkräften (Jordan/Achour).

Den Abschluss des Bandes bildet die Dokumentation der Posterpräsentationen zu laufenden Forschungsprojekten. Die Projekte werden auf jeweils einer Seite kurz vorgestellt. Die dazugehörigen Poster finden sich auf der Webseite des Wochenschau Verlags unter [www.wochenschau-verlag.de/gesellschaft-im-wandel](http://www.wochenschau-verlag.de/gesellschaft-im-wandel)

Zu den Beiträgen des Bandes im Einzelnen:

#### Beiträge zur Gesellschaftstheorie und ihrer Bedeutung für die politische Bildung

*Klaus Dörre* problematisiert aktuelle gesellschaftliche Entwicklungen mit dem Konzept kapitalistischer Landnahmen, welches sich auf Überlegungen von Karl Marx und insbesondere Rosa Luxemburg zurückführen lässt. Kapitalis-

tische Gesellschaften bedürfen demnach fortwährend dieser Landnahmen, mit deren Hilfe noch nicht der kapitalistischen Akkumulation unterworfen „Produktionsweisen, Lebensformen und Wissensbestände“ vereinnahmt würden. Sie führten aber auch zu Krisen, sozialer Ungleichheit, Entdemokratisierung und anderen Verwerfungen. War die Globalisierung (der Finanzmärkte) zunächst von Wirtschaftswachstum begleitet, führte sie im weiteren Verlauf, so Dörre, zu vermehrter sozialer Ungleichheit, zu einer Aushöhlung der Demokratie und zu einer politischen Demobilisierung derjenigen Bereiche, die ein demokratisches Korrektiv zu diesen Entwicklungen hätten darstellen können. Die negativen Folgen dieser Landnahmen könnten heute immer weniger – wie in der Vergangenheit – durch wirtschaftliches Wachstum aufgefangen werden, da das auf Ressourcenverbrauch beruhende Wachstumskonzept an seine Grenzen gehe. Um die Debatte darüber nicht den Rechtspopulisten zu überlassen, plädiert Dörre für eine neue demokratische Öffentlichkeit, die sich traut, die Systemfrage zu stellen. Sich diese Frage zu eigen zu machen, legt Dörre abschließend auch der politischen Bildung nahe.

*Christian Fischer* beschäftigt sich mit Hans-Joachim Maaz' psychoanalytischer Diagnose einer „normopathischen Gesellschaft“. „Normopathie“ bezeichnet dabei, so der Autor, das Phänomen, ein selbstentfremdetes Leben zu führen und diese Entfremdung kompensieren zu müssen. Diese Kompensation erfolge beispielsweise über eine Überhöhung der eigenen politischen Position gegenüber anderen. Einen Ausweg sehe Maaz in der Idee einer „inneren Demokratie“ als Persönlichkeitseigenschaft, die Selbstbestimmung ermögliche und das Funktionieren der „äußeren“ Demokratie absichere. Fischer plädiert auf Basis von Maaz' Überlegungen erstens dafür, politische Urteilsbildung im Unterricht dahingehend zu reflektieren, dass nicht die Überhöhung der eigenen Position, sondern die Begründung des Urteils und die Auseinandersetzung mit dem Urteil im Fokus stehen. Zweitens fordert er, den „demokratischen Diskursraum“ im Politikunterricht weit zu fassen, und drittens regt er schließlich dazu an, Maaz' Diagnose zum Gegenstand des Unterrichts zu machen.

*Elia Scaramuzza* diskutiert die Vermitteltheit von Gesellschafts- und Bildungstheorien mithilfe der bildungs- und gesellschaftstheoretischen Ausführungen von Theodor W. Adorno. Er kommt zu dem Ergebnis, dass politische Bildung nicht ausschließlich an Gesellschafts- oder ausschließlich an Bildungstheorie ausgerichtet werden dürfe. Bildung allein, so führt Scaramuzza im Anschluss an Adorno aus, führe zu „reiner Geisteskultur“ und blende die gesellschaftlichen Bedingungen und die in diesen liegenden autonomieförderlichen wie hinderlichen Aspekte aus. Gehe man hingegen von einer vollständigen Determination durch

gesellschaftliche Strukturen aus, würden dem Individuum jegliche Gestaltungsmöglichkeiten und damit seine Autonomie abgesprochen. Der Autor plädiert dafür, das beschriebene Spannungsverhältnis auszuhalten und die Autonomie des Einzelnen mit gesellschaftlicher Freiheit zusammen zu denken.

Der Beitrag von *Anders Stig Christensen* „Rationality and emotionality in social science education – a challenge for a democratic education“ macht sich für eine stärkere Betrachtung von Emotionen bei der politischen Urteilsbildung stark. In der Tradition der Aufklärung, aber auch in Habermas' Theorie der deliberativen Demokratie finde sich, so Christensen, das Ideal eines rational entscheidenden Menschen. Dieses Ideal bilde die Grundlage für das Bildungsziel der politischen Urteilsfähigkeit in der Politikdidaktik. Dementsprechend gelte auch in der Politikdidaktik das rationale Urteil als normativer Maßstab. Forschungen aus der politischen Psychologie hätten aber gezeigt, dass rationale politische Urteile nicht ohne Emotionen auskämen. Auch in der politischen Theorie finde sich mit Martha Nussbaum eine Autorin, die Emotionen im politischen Kontext einen entscheidenden Stellenwert einräume. Christensen folgert daher, dass emotionale Argumente im Politikunterricht einen größeren Stellenwert bekommen sollten.

Das Ziel des Aufsatzes von *Michael Görtler* ist es, die Bedeutung von Zeit und die Bedeutung der „Zeit-Diagnose“ von Hartmut Rosa für Politikdidaktik und politische Bildung zu reflektieren. Beschleunigung zeige sich unter anderem in Verknappung der Zeit und einem beschleunigten sozialen Wandel. Dies habe, so Görtler in Anlehnung an Rosa, auch Folgen für die Demokratie, da auch die Zeit für Kompromisse knapper werde und es immer schwerer sei, mit sozialen und ökonomischen Entwicklungen mitzuhalten. Für die politische Bildung sei Zeit ein knappes Gut, da das Unterrichtsfach in der Stundentafel eine untergeordnete Rolle spielt. Politische Bildung könne trotzdem zur „Verzögerung“ beitragen, indem in Bildungsprozessen Zeitstrukturen in Gesellschaft und Bildung kritisch reflektiert würden.

„Der Wandel von Staatlichkeit als Ziel- und Ausgangspunkt politischen Lernens in der Praxis“ ist das Thema des Beitrags von *Luisa Girnus (ehemals Lemme)* und *Julia Neuhof*. Sie stellen das Setting ihrer empirischen Untersuchung und Ergebnisse zu Staatsverständnissen von Schülerinnen und Schülern vor. Aus ihren Ergebnissen leiten die Autorinnen die Notwendigkeit ab, die Staatskonzepte der Schülerinnen und Schüler zu ermitteln und mit fachlichen Konzepten zu erweitern. Der Begriff „Staat“ solle in seinen vielfältigen Verwendungsweisen und Verständnissen erarbeitet werden. Sie plädieren für einen „begriffssensiblen Ansatz“, der das Sprechen über Staat im Politikunterricht immer wieder reflektiert.

*Luisa Girnus (ehemals Lemme)* untersucht in ihrer Studie Legitimationskriterien, mit deren Hilfe Schülerinnen und Schüler politisches Handeln beurteilen. Ausgangspunkt ihrer Überlegungen ist die Diagnose einer Krise der politischen Legitimation in Zeiten des Wandels von Staatlichkeit, der Globalisierung, der „Politikverdrossenheit“ und der „Krise der repräsentativen Demokratie“. Politische Legitimation wird „als Begründen und Bewerten politischen Handelns“ definiert. Die Autorin präsentiert Ergebnisse ihrer empirischen Untersuchung zu den Legitimationskriterien von Jugendlichen. Beispielsweise seien Begründungen – so ein Ergebnis der Untersuchung – mithilfe von „Menschenrechten, Generationengerechtigkeit oder Transparenz“ für die Bremer Oberstufenschülerinnen und -schüler besonders legitimierend. Auf Basis der Ergebnisse werden abschließend Gelingensbedingungen für politisches Lernen formuliert.

In seinem Beitrag zu Mündigkeit liefert *Stefan Müller* Argumente für eine reflexive, nicht-dichotome Perspektive auf diesen zentralen Begriff der politischen Bildung. Er wendet sich gegen ein binär-dichotomes Verständnis von politischer Mündigkeit und argumentiert für ein reflexives Verständnis, da Selbstbestimmung in Schule und politischer Bildung immer auch mit Fremdbestimmung einhergehe und sogar Fremdbestimmung benötige. Er verdeutlicht seine Argumente anhand von Unterrichtsbeobachtungen im Rahmen einer Unterrichtsreihe zu „Konformität und Abweichung“.

Das Potenzial soziologischer Perspektiven für die politische Bildung angesichts gesellschaftlichen Wandels lotet der Beitrag von *Sophie Schmitt* aus. Sie greift beispielhaft auf Gruppendiskussionen mit Schülerinnen und Schülern aus ihrer Studie zum Wandel der Arbeitswelt zurück. Soziologische Perspektiven in der politischen Bildung bieten demnach die Möglichkeiten, eine Brücke zwischen der Befindlichkeit der Lernenden und gesellschaftlichen Strukturen herzustellen. Soziologische Gesellschaftsdiagnosen könnten Orientierungswissen bereitstellen und mit den Deutungen der Schülerinnen und Schüler kontrastiert werden. Sie ermöglichen es somit – quasi von außen – auf die eigene Gesellschaft zu blicken. Aufgrund dieses Potentials soziologischer Überlegungen problematisiert der Aufsatz zudem die Randständigkeit der Soziologie als Bezugsfach politischer Bildung.

### Beiträge zur Fächerintegration im sozial- und gesellschaftswissenschaftlichen Aufgabenfeld

*Reinhold Hedtke* betont in seinem Beitrag die Vorteile einer integrativen gesellschaftlichen Bildung. Als Leitidee eines entsprechenden sozialwissenschaftlichen Bildungsganges plädiert er für einen „sozialwissenschaftlichen Weltzu-

gang“, der sich auf zentrale Gemeinsamkeiten der Sozialwissenschaften stützt. Die Konstruktion der sozialwissenschaftlichen Domäne in der Schule verlange eine fachdidaktische Forschungsstrategie, die sich als „Konkordanzprinzip“ beschreiben lasse: Durch Häufigkeits- und Clusteranalysen – vor allem innerhalb von Einführungen und Handbüchern der drei sozialwissenschaftlichen Disziplinen – ließen sich gemeinsame normative Grundorientierungen, grundlegende Denkweisen, Methoden und Konzepte identifizieren. Die Idee illustriert Hettke mit einer explorativen Studie zu geteilten Konzepten in den drei Sozialwissenschaften auf der Basis einer kleinen Zahl von Einführungsbüchern. Vom Konkordanzprinzip ausgehend unterbreitet er abschließend Vorschläge zur Neukonzeption sozialwissenschaftlicher Lehramtsstudiengänge.

Deutlich skeptischer in Bezug auf die Möglichkeiten eines gesellschaftswissenschaftlichen Integrationsfaches ist *Thomas Goll* in seinem Beitrag „Darf's noch etwas mehr sein? – Anspruch und Wirklichkeit von Interdisziplinarität im Fach Sozialwissenschaften“. Er moniert eine fehlende empirische Basis für die vergleichende Beurteilung von mono- oder interdisziplinär ausgerichteten Fächerzuschnitten im Bereich der Sozial- und Gesellschaftswissenschaften. Seine Analyse von Materialien Dortmunder Studierender, die in Politikwissenschaft, Soziologie und Ökonomie ausgebildet werden, deuten drauf hin, dass schon für das Fach Sozialwissenschaften keine Konzepte eines tatsächlich interdisziplinären Zugangs ausgebildet werden. Ein Festhalten an Interdisziplinarität als Norm für das Unterrichtsfach Sozialwissenschaften oder gar für das Fach Gesellschaftswissenschaften, das zusätzlich Geschichte und Geographie inkludiert, bedürfe weitreichender Änderungen in der Lehrerbildung. Ohne empirische Studien bewege man sich in der Argumentation für oder gegen diese Integration überdies eher im Bereich der Mythen als im Feld der Fakten.

*Marcel Grieger* befasst sich mit bereichsspezifischen Selbstwirksamkeitserwartungen angehender Lehrkräfte bezüglich des Unterrichtens des Integrationsfaches Gesellschaftslehre. Angesichts der besonderen fachlichen und fachdidaktischen Herausforderungen fächerübergreifenden Unterrichtens fragt er, ob angehende Lehrkräfte unter diesen Bedingungen starke Selbstwirksamkeitserwartungen ausbilden können. Zur Beantwortung dieser Frage hat er in einem mehrstufigen Verfahren ein Messinstrumentarium entwickelt und angewandt. Im Beitrag präsentiert er die Ergebnisse seiner Vorstudie sowie erste Ergebnisse der Hauptstudie.

*Matthias Busch* und *Leif Mönter* stellen Vorarbeiten zu einem Forschungsprojekt der Universität Trier vor, das sich mit dem Integrationsfach Gesellschaftslehre im Spannungsfeld von „transdisziplinärer Welterschließung und

Deprofessionalisierung“ beschäftigt. Nach einem kurzen Überblick über den fachdidaktischen Diskurs um das Integrationsfach Gesellschaftslehre bieten die Autoren Einblicke in eine bundesweite Lehrplananalyse und illustrieren am Beispiel von Rheinland-Pfalz die Lehrer\*innenausbildung und -weiterbildung für das Integrationsfach. Die bisherige Praxis wird zu den Ansprüchen in Beziehung gesetzt, die im wissenschaftlichen Diskurs sowie in den konzeptionellen Ausführungen der Lehrpläne formuliert werden. Dabei zeigt sich, dass bisher weder die Ausführungen zu den Unterrichtsinhalten in den Lehrplänen noch die Lehrerbildung dem Anspruch einer „transdisziplinären Welterschließung“ gerecht werden.

*Alexandra Budke und Miriam Kuckuck* präsentieren eine empirische Studie zur Bedeutung und Umsetzung der politischen Bildung im Geographieunterricht aus Sicht von Geographielehrkräften. Sie haben leitfadengestützte Interviews mit insgesamt 111 Lehrkräften mithilfe einer qualitativen Inhaltsanalyse ausgewertet. Ihre Ergebnisse zeigen, dass die Geographielehrkräfte der politischen Bildung eine große Bedeutung im Rahmen des Geographieunterrichts zuerkennen und politische Meinungsbildung – so der Fachterminus im geographiedidaktischen Diskurs – für ein wichtiges Ziel halten. Auch wenn sie den Beutelsbacher Konsens nicht explizit benennen, streben sie einen kontroversen Unterricht an, sind sich aber häufig unsicher, wie sie das Kontroversitätsprinzip im Unterricht umsetzen können und ob sie ihre eigene Position im Unterricht äußern dürfen.

Mit einem „Reformkonzept für die Lehrkräfteausbildung“ stellen *Eva Anslinger* und *Andreas Klee* ein praktisches Beispiel für die Realisierung einer sozio-ökonomischen Bildung in einem an der Universität Bremen neu konzipierten Studiengang „Politik–Arbeit–Wirtschaft“ vor. Dieser neue Studiengang soll die Berufsorientierung als Querschnittsaufgabe schulischer Bildung berücksichtigen und an die universitäre Ausbildung der Lehrkräfte für den sozialwissenschaftlichen Fächerverbund anbinden. Dabei gehen Anslinger und Klee von einer „arbeitsorientierten Bildung“ aus, in der die Arbeitswelt über die Berufsarbeit hinaus auch Tätigkeiten wie „Eigenarbeit“ oder „Gesellschaftsarbeit“ umfasst und die eine kritische Auseinandersetzung der Lernenden mit der Berufs- und Arbeitswelt anstrebt.

**Beiträge zu weiteren aktuellen politikdidaktischen Forschungsprojekten**  
*Dorothee Gronostay* stellt die Frage, welche Effekte Diskussionspositionen auf die persönliche Position der Schülerinnen und Schüler haben. Sie präsentiert erste Ergebnisse ihrer Studie, die sie mit 221 Schülerinnen und Schülern der

achten und neunten Jahrgangsstufe durchgeführt hat. Sie unterscheidet zwischen Schülerinnen und Schülern, die in einer Unterrichtsdiskussion eine fremde Position zugewiesen bekommen (Divergenz), die ihre persönliche Position vertreten (Kohärenz) oder die bisher keine Position zur Diskussionsfrage hatten (Indifferenz). Ihre Ergebnisse deuten unter anderem darauf hin, dass Schülerinnen und Schüler, die eine ihnen fremde Position einnehmen, sich weniger an kontroversen Diskussionen beteiligen, aber häufiger ihre Position wechseln, als Schülerinnen und Schüler, die ihre persönliche Position in der Diskussion vertreten. Die Autorin interpretiert diese Ergebnisse dahingehend, dass die Übernahme einer fremden Perspektive ein höheres Potential zur kognitiven Aktivierung mit sich bringt, problematisiert aber auch die erhöhte Wahrscheinlichkeit der Übernahme einer zufällig zugewiesenen Position und schlägt ausgleichende Maßnahmen für die Unterrichtspraxis vor.

Wie nehmen Schülerinnen und Schüler ein offenes Unterrichtsklima wahr und welche Effekte hat dieses? Dieser Frage widmet sich *Katrin Hahn-Laudenberg* unter Rückgriff auf die vielfach erprobte Skala zum offenen Unterrichtsklima. Sie verwendet Daten der International Civic and Citizenship Education Study (ICCS), die 2016 in 15 europäischen Ländern und auch in 59 Schulen in Nordrhein-Westfalen durchgeführt wurde. In ihrer Auswertung findet sie länderspezifische Unterschiede in der Wahrnehmung und Bedeutung unterschiedlicher Aspekte des offenen Klassenklimas. Schülerinnen und Schüler in Nordrhein-Westfalen haben unterdurchschnittlich häufig den Eindruck, dass sie aufgefordert werden, im Unterricht eine eigene Stellungnahme zu äußern – angesichts der großen Bedeutung, die in Deutschland dem Beutelsbacher Konsens zugeschrieben wird, ein überraschendes Ergebnis. Weiterhin zeigen sich positive Effekte des offenen Unterrichtsklimas auf das politische Wissen. Beides hängt allerdings vom sozioökonomischen Status der Eltern ab. Die Autorin zieht daraus den Schluss, dass Diskursivität in Schulen aller Schulformen und insbesondere in sozioökonomisch schwächeren Kontexten gestärkt werden sollte.

Politisches Vertrauen und Effektivitätsgefühl stehen im Zentrum einer Studie mit 333 Schülerinnen und Schülern an 13 Gesamtschulen und Gymnasien, die *Monika Oberle* und *Nico Wenzel* durchgeführt haben. Ihre Ergebnisse zeigen, dass politisches Vertrauen, internes und externes Effektivitätsgefühl unterscheidbare Konstrukte sind. Sie verdeutlichen die unterschiedlichen Einflüsse dieser Faktoren auf die basale, digitale und illegale Partizipationsbereitschaft der Jugendlichen. Zudem zeigen sie auf, dass soziodemographische Hintergrundvariablen wie Geschlecht, kulturelles Kapital und Migrationshintergrund für die

Ausprägung von politischem Vertrauen und Effektivitätsgefühl in unterschiedlichem Maße relevant sind.

*Georg Weßeno* beschäftigt sich in seinem Beitrag mit der Qualität des Politikunterrichts. Er benennt unter Rückgriff auf politikdidaktische und lernpsychologische Theorien Kriterien guten Politikunterrichts. Anschließend präsentiert er die Ergebnisse von vier empirischen Untersuchungen, die die Qualität des Politikunterrichts untersucht haben: die ICCS-Studie aus dem Jahr 2016, die 2013 publizierte Essener Videostudie sowie zwei eigenen Studien aus den Jahren 2015 und 2017. Der Autor kommt zu dem Schluss, dass Politikunterricht ein Qualitätsproblem hat, weil er zu wenig auf den Aufbau konzeptuellen Wissens und auf eine kognitive Aktivierung der Schülerinnen und Schüler setzt.

Der Beitrag von *Sören Torrau* stellt zentrale Ergebnisse seiner Studie zu Präsentationen im Politikunterricht vor. Er konstatiert, dass ein gesellschaftlicher Wandel von Kommunikationsverhältnissen stattgefunden habe, der auch in der Schule zu einem anderen Umgang mit Wissen geführt habe. Er macht dies am Beispiel einer Schülerpräsentation des Schülers Anton zum Thema Sozialismus und anhand eines Schülerinterviews deutlich: Anton müsse selbst den Inhalt seines Lernprozesses festlegen und eigenständig Quellen für seine Recherche auswählen. Der Schüler selbst nehme somit eine „lerneridaktische Perspektive“ ein, da er von sich aus didaktische Überlegungen anstellen müsse. Es würden die Grenzen zwischen Wissensaneignung und -vermittlung verschwimmen und der Schüler erhalte darüber hinaus Einfluss auf den Lerngegenstand und seine Vermittlung.

*Alexander Mack* und *Alexander Wohnig* stellen das Modellprojekt „Politische Partizipation“ und erste Ergebnisse zur Evaluation des Projekts vor. Durch eine Kooperation von Schulen mit außerschulischen Bildungsträgern ermögliche das Projekt Schülerinnen und Schülern, außerhalb der Institution Schule politische Aktionen zu planen, umzusetzen und zu reflektieren. Mithilfe von teilnehmender Beobachtung und qualitativen Interviews wurde das Projekt wissenschaftlich begleitet. Dabei habe sich gezeigt, dass die durchgeführte Methode der Sozialraumerkundung den Teilnehmenden helfe, politische Probleme im sozialen Nahraum aufzuspüren. Anhand einer Fallstudie zeigen die Autoren, dass für die beteiligten Schüler das „Gehört-werden“ und das „Ins-Gespräch-Kommen“ mit Entscheidungsträgerinnen und -trägern bedeutend war und sie erstmals ihr Recht auf politische Partizipation wahrgenommen haben.

Im letzten Beitrag des Bandes untersuchen *Annemarie Jordan* und *Sabine Achour* den Einfluss von videofallbasierten Vignetten bei der Ausbildung angehender Politiklehrkräfte. Die Studierenden analysieren Unterrichtsmitschnitte

zur politischen Urteilsbildung mit dem Ziel, eine professionelle, auf fachdidaktischen Urteilsmaßstäben beruhende Wahrnehmung der Schülerurteile zu entwickeln. Zur Bewertung des Lernerfolgs der Studierenden wurde eine Prä-Post-Interventionsstudie durchgeführt, in der sie nach entsprechender Intervention eine Unterrichtsvignette anhand vorgegebener Leitfragen analysieren sollten. Eine qualitative Inhaltsanalyse der Ergebnisse zeigt, dass die Intervention zwar einerseits den angehenden Lehrerinnen und Lehrern geholfen hat, die Komplexität der Prozesse der Urteilsformulierung besser zu verstehen und daran anschließend gezielte Handlungsoptionen zu entwickeln. Andererseits ziehen sie aber weiterhin häufig eher subjektive Bewertungsmaßstäbe heran statt fachdidaktischer Maßstäbe, die für eine professionelle Wahrnehmung nötig wären.

Wir danken vor allem den Autorinnen und Autoren des Bandes für die gute Kooperation sowie Umid Mohammed und Lea Gaedigk für die hilfreiche Unterstützung bei der Realisierung des Bandes. Der Wochenschau Verlag hat kompetent wie immer aus unseren Vorlagen ein druckbares Manuskript erstellt. Für die finanzielle Förderung der Tagung danken die GPJE sowie die Tagungsorganisatorinnen und -organisatoren darüber hinaus auch der Bundeszentrale für politische Bildung und dem Zentrum für Schul-, Bildungs- und Hochschulforschung der Johannes Gutenberg-Universität Mainz.



# Gesellschaftstheorie und ihre Bedeutung für die politische Bildung



KLAUS DÖRRE

---

## Kapitalistische Landnahme. Globaler Expansionismus oder Demokratie

Erinnern wir uns: Vor nunmehr einem Jahrzehnt (2007–09) erschütterte ein Crash im Finanzsystem die Weltökonomie. Von ihrem Epizentrum in den USA aus erfasste die Krise alle Erdteile und Weltregionen. Den Krisenverlauf hat der Sozialgeograf David Harvey im Bild einer Kaskade beschrieben. Die Erschütterungen wanderten „from one sphere to another and from one geographical location to another, with all manner of knock-on and feedback effects that seemed almost impossible to bring under control, let alone halt and turn back“ (Harvey 2010, 38).

Damit ist bereits gesagt, dass es sich nicht um eine gewöhnliche Krise handelt. Um die Zäsur zu verstehen, müssen wir uns allerdings von der Fixierung auf den Finanzsektor und die Ökonomie lösen und die Vorgeschichte des globalen Crashes ebenso einbeziehen wie seine gewaltigen Nachbeben. Mithilfe des Landnahme-Theorems möchte ich dazu drei Thesen formulieren und begründen.

Kapitalistische Gesellschaften, so meine erste These, beruhen auf einem *Expansionsparadoxon*, oder präziser: auf einem *Expansionsambivalox*. Sie können sich nicht reproduzieren, ohne fortwährend ein nichtkapitalistisches Anderes zu okkupieren, in Besitz zu nehmen und allmählich zu ruinieren. Deshalb lässt sich die Dynamik moderner kapitalistischer Gesellschaften als – krisenhafte – Abfolge von Landnahmen verstehen. Land meint in diesem Zusammenhang aber nicht unbedingt Grund und Boden. Gemeint sind Produktionsweisen, Lebensformen und Wissensbestände, die noch nicht oder zumindest nicht vollständig dem kapitalistischen Warentausch unterworfen sind.

Diese expansive Dynamik hat, das ist die zweite These, in der Gegenwart eine Eskalationsstufe erreicht, die vor allem die Gesellschaften der früh industrialisierten Länder unter *Transformationsdruck* setzt. Eine (finanz-)marktgetriebene globale Landnahme erzeugt Folgen, die auf die verursachenden Zentren zurückwirken und dort soziale Verwerfungen, Krisen und Konflikte auslösen. Historisch neu an diesem Umbruch ist, dass das bis dato wichtigste Mittel zur Überwindung ökonomischer Krisen, die Generierung von Wirtschaftswachstum, unter den Bedingungen einer fossilistisch basierten Produktionsweise zwangsläufig zur ökologischen Destruktivkraft wird.

Daraus folgt, so die dritte These, dass sich die parlamentarische Demokratie mithilfe raschen, permanenten Wirtschaftswachstums nicht mehr dauerhaft stabilisieren lässt. Mehr noch: Demokratie und Politik sind selbst zum Landnahmeobjekt geworden. Demokratie lässt sich deshalb in Zukunft nur noch erhalten, wenn sie auf den Bereich der privaten Wirtschaft ausgeweitet wird, der bisher nicht der demokratischen Kontrolle unterliegt.

Nachfolgend möchte ich diese Thesen in der genannten Reihenfolge begründen (1, 2, 3), um mich abschließend mit der Frage zu beschäftigen, wie dem zerstörerischen Expansionismus demokratisch begegnet werden kann (4).

## 1. Kapitalistische Landnahme – die theoretische Grundidee

Landnahme ist als Kategorie für Theorien zentral, die den industriellen Kapitalismus als expansives System analysieren und kritisieren. Ungeachtet ihrer sonstigen Heterogenität teilen entsprechende Konzepte die Annahme, der zufolge sich kapitalistische Gesellschaften nicht ausschließlich aus sich selbst heraus reproduzieren können. Kapitalistische Dynamik beruht auf einer komplexen Innen-Außen-Bewegung. Stets beinhaltet sie die Internalisierung von Externem, die Okkupation eines nicht oder nicht vollständig kommodifizierten Außen. Sofern es jedoch kein funktional Anderes zu entdecken gibt, das in Besitz genommen, in Wert gesetzt, kommodifiziert und profitabel genutzt werden kann, geraten Gesellschaften mit eingebautem Expansionsdrang an die Grenzen ihrer Entwicklungsfähigkeit. Sie stagnieren und zerfallen. Kapitalistische Vergesellschaftung beinhaltet somit ein *Expansionsparadoxon*, genauer: ein *Expansionsambivalox*<sup>1</sup>.

Der Kapitalismus muss expandieren, um zu existieren. Dabei zerstört er allmählich, was er für seine Reproduktion benötigt. Je erfolgreicher die Akkumula-

---

1 „Ambivalox“ ist eine Wortschöpfung, die sich aus den deutschen Begriffen ambivalent und paradox zusammensetzt. Um ein Paradoxon handelt es sich, wenn ein Phänomen, das in einer Hinsicht eine bestimmte Wirkung erzeugt, in anderer Hinsicht das genaue Gegen teil hervorbringt. In der jüngeren Kritischen Theorie wurde paradox als Gegenbegriff zur marxistischen Widerspruchskategorie genutzt. Ein Paradoxon erschöpft sich aber nicht in sich selbst. Häufig gibt es etwas fortleitend Widersprüchliches, das in Aussicht stellt, die paradoxe Konstellation zu verändern oder gar aufzuheben. Die Integration dieser dialektischen Dynamik macht „ambivalox“ zu einem attraktiven Begriff, obwohl ich dessen modernisierungstheoretische Implikationen nicht teile (Degele/Dries 2005, 23–40). Den Hinweis verdanke ich Axel Sallheiser.

tions-, Wachstums- und Kommodifizierungsmaschine arbeitet, desto wirkungsvoller untergräbt sie die Selbstreproduktionsfähigkeit sozialer und natürlicher Ressourcen, ohne die moderne kapitalistische Gesellschaften nicht überlebensfähig sind. Ohne von Landnahme zu sprechen, hat Karl Marx im ersten Band von „Das Kapital“ die Grundidee des kapitalistischen Expansionsambivaloxx formuliert. Dort vergleicht er die „sogenannte ursprüngliche Akkumulation“, die den Kapitalismus inmitten einer feudalen Gesellschaft hervorbringt, ironisch mit dem „Sündenfall“ im Garten Eden. Der Kapitalismus kommt nicht von selbst auf die Welt und er ist keineswegs Resultat eines ausgeprägten Sparsamkeitstriebes von Vermögensbesitzern. Geburtshelfer des Kapitalismus sind Staat und politischer Zwang ebenso wie die Akkumulation durch gewaltsame Enteignung, Raub von Kirchengütern, die Zerstörung des Kollektivbesitzes von Gemeindeland, Kolonialisierung und Sklaverei. Die Scheidung von Produzenten und Produktionsmitteln als zentrale Voraussetzung für die Entstehung doppelt freier Lohnarbeiter und damit des Kapitalismus, ist „in die Annalen der Menschheit eingeschrieben mit Zügen von Blut und Feuer“ (Marx 1867/1973, 743).

Obwohl wir heute über einen besseren historischen Kenntnisstand verfügen, lässt sich das Konstrukt der „primitiven Akkumulation“ (Rosa Luxemburg) als heuristische Folie nutzen, um die Kernstruktur kapitalistischer Landnahme zu rekonstruieren. Strukturelemente sind die Parallelität von kapitalistischen und nichtkapitalistischen Produktionsweisen, das Durchsetzen neuer Eigentums- und Klassenverhältnisse als Voraussetzung und Bedingung kapitalistischer Akkumulation, der Einsatz außerökonomischer Gewalt zur Disziplinierung von Arbeitskräften für die neue kapitalistische Produktionsweise, eine finanz- und kreditgetriebene Expansion des Kapitalismus nach innen sowie die Ausdehnung der kapitalistischen Produktionsweise über nationale Grenzen hinweg – etwa in Gestalt von Kolonialisierung und dem globalen System des Sklavenhandels.

Als Besonderheit der ursprünglichen Akkumulation stellt Marx heraus, dass es sich von Beginn an um einen politischen, auf Staatsintervention beruhenden Prozess handelt. Weder die Veränderung der Eigentumsverhältnisse und die Expropriation des Landvolks noch die Disziplinierung der freigesetzten Arbeitskräfte für die neue Produktionsweise sind ohne Staatsintervention möglich. So wurde das „zum Vagabunden gemachte Landvolk“ durch „grotesk-terroristische Gesetze in eine dem System der Lohnarbeit notwendige Disziplin hineingepeitscht, -gebrandmarkt, -gefoltert“ (ebd., 765). Marx vertrat allerdings die Ansicht, die Anwendung von politischem Zwang bis hin zu offener Gewalt werde eine Episode in der Frühgeschichte des Kapitalismus bleiben. Im historischen

Verlauf entstehe eine Arbeiterschaft, die „aus Erziehung, Tradition, Gewohnheit die Anforderungen jener Produktionsweise als selbstverständliche Naturgesetze anerkennt“ (ebd.). Außerökonomische Gewalt werde nur noch ausnahmsweise eingesetzt, die Arbeiter könnten im Normalfall den Naturgesetzen der Produktion überlassen bleiben. Der stumme Zwang der ökonomischen Verhältnisse besiege die Herrschaft des Kapitalisten über den Arbeiter (ebd.).

In diesem Punkt hat sich Marx geirrt. Das jedenfalls behauptet Rosa Luxemburg, die – gravierende Strukturveränderungen des Kapitalismus vor Augen – Marx' Methodik auf die Marx'sche Kritik der Politischen Ökonomie anwendet. Luxemburgs zentrales Argument lautet, dass sich die kapitalistische Dynamik als systemischer Zwang zu einer sich periodisch wiederholenden ursprünglichen Akkumulation interpretieren lässt. Erst durch Einverleibung von nichtkapitalisierter Arbeitskraft und Erde „erwirbt das Kapital eine Expansionskraft, die ihm erlaubt, die Elemente seiner Akkumulation auszudehnen jenseits der scheinbar durch seine eigene Größe gesteckten Grenzen“ (Luxemburg 1913/1975, 305). Auf der sachlichen Ebene bleibe die Akkumulation des Kapitals an „nichtkapitalistische Kreise gebunden“ (ebd., 306).

Obwohl sich Rosa Luxemburgs Theorie der externen Mehrwertrealisierung, mit der sie den Imperialismus ihrer Zeit erklären will, nicht halten lässt, bleiben ihre Überlegungen in mindestens zweierlei Hinsicht bedeutsam. *Erstens* zeigt Luxemburg überzeugend, dass die kapitalistische Dynamik eine Doppelgestalt besitzt. Die eine Bewegung setzt sich in den Produktionsstätten des Mehrwerts, in den Fabriken, der durchkapitalisierten Landwirtschaft und auf den Warenmärkten durch. Hier reproduziert sich der Kapitalismus weitgehend auf seinen eigenen Grundlagen. Ausbeutung beruht in der Sphäre des Warenaustauschs auf dem Äquivalenzprinzip. Das heißt die Lohnabhängigen werden – vermittelt über soziale Kämpfe – zumindest entsprechend des Wertes ihrer Arbeitskraft entlohnt. Die andere Entwicklung bricht sich in Austauschbeziehungen zwischen der Kapitalakkumulation einerseits und nichtkapitalistischen Produktionsweisen, Schichten und Territorien andererseits Bahn (ebd., 315). In den äußeren, nichtkapitalistischen Märkten, die es auch innerhalb nationaler Gesellschaften gibt, gilt das Prinzip des Äquivalenttauschs allenfalls eingeschränkt. Hier herrschen Willkür und zum Teil offene Gewalt. Diese Gewalt kann auch mit dem Ziel ausgeübt werden, soziale Gruppen, Territorien oder ganze Staaten zumindest zeitweilig in einem vorkapitalistischen oder weniger entwickelten Stadium zu halten. Landnahmen verschieben die Grenzen zwischen inneren kapitalistischen und äußeren nichtkapitalistischen Märkten. Es handelt sich daher nicht um eine lineare Inwertsetzung von „neuem Land“. Vielmehr tragen Land-